
Berichte

Jugend, Arbeitslosigkeit und politischer Radikalismus am Ende der Weimarer Republik*

„Eine der Schwächen der Weimarer SPD lag gewiß darin, daß ihre Anziehung auf die deutsche Jugend immer mehr nachließ“, meint Willy Brandt.¹ Viele Zeitgenossen waren sich dieses Problems bewußt. So kritisierten einige Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes 1930 die Verbandsführung dafür, daß sie die Interessen der Jugendlichen preisgegeben habe. Gleichzeitig erklärte der Karlsruher Vertreter dieser Gewerkschaft, daß „ein großer Teil unserer Kollegen... die jugendlichen Arbei-

1 Zit. nach K. Rauchschorbe, Geschichte der lippischen Sozialdemokratie. Bielefeld 1979. S. 232

* Dieser Beitrag beruht auf den Ergebnissen eines Forschungsprojekts, das von der Alexander-von-Humboldt-Stiftung unterstützt wird. Da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, müssen die hier knapp zusammengefaßten Ergebnisse als vorläufig gelten.

Neben zahlreichen Quellen und zeitgenössischen Zeugnissen, die aus Platzgründen hier nicht im einzelnen aufgeführt werden können, wurde an Literatur insbesondere herangezogen: Siegfried Bahne, Die KPD und das Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1976; Martin Broszat, Die Struktur der NS-Massenbewegung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 31 (1983); Richard J. Evans (Hg.), The German Working Class, London 1982; Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1971; Georg Fülberth/Jürgen Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890-1933, Darmstadt 1974; Dick Geary, European Labour Protest, London 1981; Richard Hamilton, Who voted for Hitler?, Princeton 1982; Beatrix Herlemann, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924-1933, Wuppertal 1977; Richard Hunt, German Social Democracy 1918-1933, Chicago 1970; Dieter Krohn/Dirk Stegmann/Peter-Christian Witt, Die Republik von Weimar, Bd. 1, Düsseldorf 1979; Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hg.), Glück auf, Kameraden!, Köln 1979; Hans Mommsen (Hg.), Arbeiterbewegung und industrieller Wandel, Wuppertal 1980; Dietmar Petzina, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977; Eve Rosenhaft, The German Communists and Paramilitary Violence 1929-1933, Diss. phil., Cambridge 1979; P. D. Stachura, The Shaping of the Nazi State, London 1978; Wolfgang Uellenberg, Die Auseinandersetzungen der Jugendorganisationen mit dem Nationalsozialismus, Köln 1981; James Wickham, The Working Class Movement in Frankfurt am Main during the Weimar Republik, Diss. phil., Sussex 1979.

ter und Lehrlinge noch als Kollegen zweiter Klasse“ behandelte². Zwei Jahre später hieß es in einer Resolution: „Die steigende Rolle der Jugendlichen in der Produktion, die wachsende Radikalisierung der Arbeiterjugend findet ihren Widerhall nicht im Verbandsleben und wird unterdrückt... Hier sitzen Jugendleiter von mehr als 40 Jahren, die nicht die Sprache der Jugendlichen sprechen.“³ Solche Meinungen waren nicht nur weitverbreitet, sie standen auch im Einklang mit den Tatsachen. Es gibt zahllose Belege dafür, daß gerade die Jugend am Ende der Weimarer Republik zum politischen Radikalismus neigte.

Bemerkenswert ist z.B. der Unterschied zwischen den Altersstrukturen von SPD und KPD: Während 55,4 Prozent der SPD-Mitglieder 1930 über 40 Jahre alt waren, waren 64,5 Prozent der KPD-Mitglieder 1927 unter 40 und 31,8 Prozent unter 30 Jahre alt. Ein ähnlicher Generationenunterschied war auch bei den nationalistischen Parteien feststellbar. So waren die Mitglieder der NSDAP jünger als die der DNVP: 1932 waren 42,7 Prozent der Nazis 20 bis 30 Jahre alt. Innerhalb der extremen Parteien waren die Mitglieder der radikalen Flügel wiederum jünger als der Mitgliederdurchschnitt. Das gilt ebenso für die gewalttätigen Gruppen der Kommunisten in den Großstädten, die oft aus Arbeiterjugend-Cliquen stammten, wie auch für die SA, deren Mitglieder meistens unter 25 Jahre alt waren. Letztere, so z.B. in Frankfurt, rekrutierten sich vornehmlich aus ledigen, arbeitslosen Jugendlichen ohne Obdach, die vom Land in die Stadt gewandert waren, weil dort die Wohlfahrtunterstützungssätze höher lagen als in den Dörfern.

Die Radikalen von links oder rechts waren in dieser Zeit nicht nur meist jugendlich, sondern oft auch arbeitslos. So waren im Herbst 1932 fast 90 Prozent der KPD-Mitglieder arbeitslos (bei der SPD waren es nur ungefähr 30 Prozent) und die Propaganda der Partei zielte insbesondere auf Stempelstellen, Arbeitslose und Jugendliche. Nach 1928 waren fast alle Erwerbslosenausschüsse in den Händen der Kommunisten. Aber die hohe Arbeitslosigkeit kam auch den Nazis zugute. In einem Interview mit der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (vom 15. April 1932) behauptete Hitler, daß im April 1932 300.000 der 400.000 Mitglieder von SA und SS arbeitslos

2 Der neunzehnte ordentliche Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin 1930, S. 116f. und S. 218

3 Der zwanzigste ordentliche Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Dortmund 1932. S. 25

gewesen seien. Selbst wenn diese Behauptung nicht ganz zutreffend gewesen sein sollte, so war sie doch auch nicht ganz von der Wahrheit entfernt. In Chemnitz z.B. „hatte es auch einen geringen Teil der seit vielen Jahren arbeitslosen Jugendarbeiter aus Hunger in die SA getrieben. 6- bis 7jährige Arbeitslosigkeit hatte sie demoralisiert“.⁴ Bereits 1927 bestand die NSDAP des Ruhrgebiets in hohem Maß aus Erwerbslosen. Carl Severing (einem Bericht des Direktors der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. folgend) kommentierte die Situation aus der Rückschau folgendermaßen: „Die Arbeiterschaft zerfiel in zwei grundverschiedene Teile, die Beschäftigten und die Arbeitslosen... Auf den Stempelstellen befanden sich junge Leute, die zum Teil seit der Lehrzeit ohne Beschäftigung waren, die gewerkschaftliche Erziehung nie genossen hatten und daher radikalen Schlagworten jeder Art zugänglich waren... Dort war für den Nationalsozialismus die Einbruchsstelle in die Reihen des Proletariats, dessen arbeitsloser Teil atomisiert war und nicht selten wieder auf die Stufe des Lumpenproletariats zurücksank.“⁵

Die von Severing angedeutete Korrelation zwischen Jugendarbeitslosigkeit und politischem Radikalismus besteht zweifellos. Allerdings darf man sich diesen Zusammenhang nicht zu einfach vorstellen. Lange vor der wirtschaftlichen Krise mit hoher Arbeitslosigkeit am Ende der Weimarer Republik hatte innerhalb der deutschen Jugend ein Prozeß der Radikalisierung begonnen. Adoleszenzkrise und Jugendprotest wurden in Deutschland schon vor 1914 beobachtet. Diese fanden ihren Ausdruck unter anderem in einem spürbaren Anstieg der Jugendkriminalität in den letzten Jahren des Kaiserreichs. Auch zeigten sich insbesondere jugendliche Arbeiter schon vor dem Ersten Weltkrieg streikbereit und trugen ebenfalls stark die revolutionären Ereignisse nach dem Weltkrieg mit. In den Großstädten entwickelten sich eigenständige Jugendkulturen, die vielleicht auch auf einen Prozeß der „kumulativen Großstadtverjüngung“ zurückzuführen sind. Der explosive Zuwachs an ledigen jungen Leuten bedeutete in den Ballungszentren ein schwerwiegendes Problem für das Bildungs- und Wohnungswesen. Schließlich belasteten die hohen Geburtenzahlen der Vorkriegszeit den Arbeitsmarkt der zwanziger Jahre: 1925 waren mehr als 50 Prozent der deutschen Bevölkerung zwischen 15 und 45 Jahre alt, d.h. im Alter der Erwerbstätigkeit. Da der Krieg sich auch auf das System der Berufsausbildung besonders negativ auswirkte, kam es in der Kriegs- und Nachkriegszeit zu einer regelrechten „Lehrlingsflucht“. Das hatte wiederum zur Folge, daß viele, die von 1915 bis 1923 ins Erwerbsleben eingetreten waren, in der Weltwirtschaftskrise entweder ungelernte oder schlecht ausgebildete Arbeitskräfte waren. Auch die Zahl der arbeitenden Jugendlichen, die im Krieg erheblich gestiegen war, brachte eine Reihe neuer Probleme mit sich. So hatten die älteren Gewerkschaftsfunktionäre kaum Einblick in die Probleme jugendlicher Arbeitskräfte. Auch das muß man, neben den genannten Ursachen in der Ausbildungs-, Wohnungs- und Lebenssituation als einen der Gründe für die Radikalisierung von Jugendlichen in Betracht ziehen.

Im Laufe der Weimarer Republik sind die Probleme der Arbeiterjugend keineswegs verschwunden; sie sind vielmehr gewachsen und neue kamen hinzu. Obwohl die Lohnunterschiede zwischen gelernten und ungelernten Arbeitskräften geringer wurden, blieb die Kluft zwischen den Verdiensten von Jugendlichen und Erwachsenen enorm. So verdiente etwa ein vierzehnjähriger Übertagearbeiter im rheinisch-

4 Gerhard Uhlmann. Der Kampf der Chemnitzer Werktätigen unter Führung der KPD gegen die Errichtung der faschistischen Diktatur, Diss. phil., Leipzig 1966

5 Carl Severing, Mein Lebensweg. Bd. 2. Köln 1950, S. 357

westfälischen Steinkohlebergbau 1932 nur 30 Prozent, ein sechzehnjähriger nur 50 Prozent des Lohns eines ungelerten Erwachsenen. Jugendliche wurden besonders hart von Rationalisierungen betroffen, die eine höhere Arbeitsintensität mit sich brachten. Nach einer Umfrage von 1929 mußten Lehrlinge damals durchschnittlich 11 Stunden pro Tag arbeiten; ihre Löhne waren normalerweise noch niedriger als die der jugendlichen Arbeiter. Die Arbeiterjugend bildete also insofern eine Art von Unterschicht innerhalb der Arbeiterschaft.

Während diese Probleme während der ganzen Zeit der Weimarer Republik vorhanden waren, trat die Jugendarbeitslosigkeit verstärkt mit der Krise auf. Es ist nach wie vor schwierig, über das exakte Verhältnis zwischen Arbeitslosigkeit und Jugendradikalismus präzise Angaben zu machen. Wie schon die Untersuchungen von Jahoda, Lazarsfeld u.a. im österreichischen Marienthal gezeigt haben,⁶ bringt Arbeitslosigkeit eher Resignation und Apathie als politischen Radikalismus hervor. Entscheidend für ihre Auswirkungen sind wohl politische Situation und Kultur, in denen sich Arbeitslosigkeit entwickelt, und zwar nicht nur für Jugendliche.

Es kann als sicher gelten, daß 1919 und in der sogenannten Stabilisierungskrise 1923/24 Jugendliche am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden. Gleichzeitig gibt es Beweise dafür, daß die Unternehmer oft ältere durch jüngere Arbeitskräfte ersetzten, weil eben deren Löhne niedrig waren. Nach einem Bericht des Nürnberger Arbeitsamtes von 1930 war die Vermittlung jüngerer Arbeitskräfte leichter als die der älteren Arbeiter, die bis 1930 innerhalb der Zahl derjenigen, die Wohlfahrtsleistungen bezogen, d.h. der „Ausgesteuerten“, überwogen. Je tiefer die Krise wurde, desto weniger Arbeitsplätze waren für jugendliche Arbeitsuchende zu finden; eine Tatsache, die sich in der Altersstruktur der Belegschaften, aber z.B. auch der Siedlungskolonien des Bergbaus widerspiegelte. In der Krise wurde es auch immer schwieriger, eine Lehrstelle zu finden. 1931 waren z.B. im Saarland von 35.000 Arbeitslosen 8.000 Jugendliche; in Chemnitz konnten 1932 nur 835 von 2.000 Schulentlassenen Arbeitsplätze bekommen. Im ganzen Deutschen Reich gab es 1932 1,5 Millionen jugendliche Erwerbslose. Bemerkenswert ist, daß die Arbeitslosenquote in der Gruppe der 20- bis 25jährigen fast zweimal so hoch lag wie die der Gruppe im Alter von 14 bis 20, was übrigens auch für England in der Weltwirtschaftskrise zutrifft. Nachdem der Lehrling seine schlechtbezahlte Lehre absolviert hatte, wurde er entlassen. Die Lage der arbeitslosen Jugendlichen war durchweg noch schlechter als die der betroffenen Erwachsenen. Oft hatten sie keinen Anspruch auf Unterstützungsgelder. Wenn sie Unterstützung bekamen, lagen die Sätze besonders niedrig. Häufig mußten sie Pflichtarbeit leisten und sich seit 1932 besonders am sogenannten Freiwilligen Arbeitsdienst beteiligen.

Unter solchen Umständen überrascht es kaum, daß die Weimarer Jugend immer unzufriedener wurde, insbesondere seit das Wohlfahrtssystem nach 1930 immer weiter abgebaut wurde. Natürlich waren die Gewerkschaften über die Jugendarbeitslosigkeit besorgt - nicht zuletzt weil sie erkannten, daß Radikalismus die Folge sein könnte. Und tatsächlich entwickelten die Freien Gewerkschaften ja auch ein eindrucksvolles Arbeitsbeschaffungsprogramm (WTB-Plan), das allerdings von der SPD abgelehnt wurde. In der täglichen Praxis war das Verhalten von Betriebsräten und Gewerkschaften gegenüber Jugendlichen nicht so positiv. Bei Verhandlungen über Betriebsschließungen z.B. versuchten Betriebsräte verständlicherweise, vor

6 M. Jahoda/P. F. Lazarsfeld/H. Zisel. Die Arbeitslosen von Marienthal, 1933 (Neudruck Bonn 1960).

allem die Stellen der älteren und verheirateten Arbeiter zu schützen. Das verschaffte ihnen keine Sympathie bei den Jüngeren. Es gab eine Reihe von Arbeitsgerichtsfällen, in denen verheiratete und ältere Arbeiter - oft von Gewerkschaft oder Betriebsrat unterstützt - forderten, daß man nicht sie, sondern - gelegentlich sogar namentlich benannte - jüngere ledige Arbeitskräfte entlassen solle.

Ausmaß und Begleiterscheinungen der Jugendarbeitslosigkeit kamen Kommunisten und Nazis zugute, nicht nur, weil die SPD die Deflationspolitik und den Abbau des Wohlfahrtssystems der Regierung Brüning tolerierte, sondern auch, weil die extremen Parteien eine Art „Straßenstrategie“ entwickelten, die dort ansetzte, wo sich viele Arbeitslose fanden. Dagegen war es für die SPD und die Freien Gewerkschaften in der Krise schwierig, außerparlamentarische Aktionen oder Streiks durchzuführen. Auch deswegen entwickelten sich sozialdemokratische Kultur und Kultur der Arbeiterjugend allmählich auseinander. In der Weltwirtschaftskrise verließen viele Arbeitslose die sozialdemokratischen Sport-, Bildungs- und Freizeitvereine. Hinzu kam, daß führende Vertreter dieser Traditionsvereine und der SPD immer wieder gewisse Erscheinungen der neuen Freizeitkultur kritisierten - insbesondere das Rauchen, den Kinobesuch und vor allem das Tanzen. So wurde ein immer schärferer Trennungsstrich zwischen den eigenen „gesunden“ Anschauungen und Verhaltensweisen und dem „unanständigen“ Treiben der „Lumpen“ markiert. Eine solche Einstellung konnte die Alltagsrealität der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit nicht begreifen, weil Kriminalität - Diebstahl, Straßenrauferei usw. - ein Bestandteil des Alltags in den alten Innenstädten, den „Slums“, war, wo die Kommunisten besonders erfolgreich waren. Leicht übertrieben beschrieb eine nationalsozialistische Zeitung die Lage in der Ruhrstadt Herne, in der 1932 fast die Hälfte der Bevölkerung auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen war: „Raufhandel, Überfälle, Ruhestörung, Diebstahl, Mord waren an der Tagesordnung... Die allgemeine Moral sank. Aus Schmach wurde Verzweiflung, aus Verzweiflung Verbrechen. Die Jugend verdarb auf den Straßen.“⁷ Nicht zu übersehen ist, daß sich die Jugendkriminalität in Herne zwischen 1928 und 1932 verdreifachte. Die Einstellungen von SPD und KPD zu solchen Delikten, zu Raub, Sabotage, Maschinenstürmerei, zur Kriminalität im allgemeinen, unterschieden sich sehr. Jedenfalls scheint die verzweifelte und teilweise widersinnige Politik der Kommunisten der Verzweiflung vieler Menschen, die in den Institutionen der Weimarer Republik eher Überwachungs- und Unterdrückungs- als Wohlfahrtsinstanzen erkannten - in den Stempelstellen, den Jugendheimen, den Bewährungsinstanzen, der Arbeitspflicht - eher entsprochen zu haben.

Selbst wenn dieser Hintergrund den Radikalisierungsprozeß der Arbeiterjugend zu erklären scheint, ist es doch irreführend zu behaupten, daß hier ebenso Gründe für die Wahlerfolge der NSDAP liegen. Die Nazis waren eben nicht in den Großstädten übermäßig erfolgreich, sondern in ländlichen Gebieten und in protestantisch geprägten Kleinstädten, während die Arbeitslosigkeit sich überwiegend auf Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern konzentrierte. Je proletarischer das Wohnviertel, desto erfolgloser waren die Nazis. Natürlich gab es Sonderfälle: Neue Arbeitskräfte, die ihre Stellen durch nationalistische Arbeitsnachweise (z.B. des Stahlhelm) bekommen hatten, und Arbeiter, die früher DNVP gewählt hatten, waren zum Teil für die Nazi-propaganda ebenso empfänglich wie Arbeiter in der Heimindustrie (z.B. in Plauen, Pirmasens und Zwickau), die von der Krise sehr hart getroffen

7 Westfälische Landeszeituna Rote Erde v. 29. 1. 1938.

wurden oder ehemalige Lehrlinge, die sofort nach der Lehre entlassen worden waren. Allen diesen Gruppen war der Mangel an gewerkschaftlichen und sozialistischen Traditionen gemeinsam. Wo es solche Traditionen und Wurzeln gab, konnten die Nazis die Arbeitermassen nicht mobilisieren. Zwar hatte die SA bei jugendlichen Arbeitslosen relativ große Resonanz, allerdings handelte es sich meist um solche Jugendliche, die nicht in der Arbeiterbewegung verwurzelt waren. Das gleiche gilt für die älteren Arbeiter, die der SA angehörten. In Gebieten mit gewerkschaftlichen und sozialistischen Traditionen kam die Radikalisierung der erwerbslosen Arbeiterjugend nicht den Nazis, sondern den Kommunisten zugute. Hatte ein jugendlicher Arbeiter schon Erfahrungen im Betrieb und mit einer Gewerkschaft gesammelt, war er normalerweise gegen die Nazi-propaganda geschützt. Es machte die Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit aus, daß insbesondere Schulentlassene, die jahrelang erwerbslos waren, keine Erfahrungen mit gewerkschaftlicher Arbeit sammeln konnten. Sie waren daher auch nicht in der alten Kultur und Solidarität der Arbeiterbewegung zu Hause.

Dr. Dick Geary,
Institut zur Geschichte der
Arbeiterbewegung,
Ruhr-Universität Bochum

Mit dem Rüstzeug der Barbaren — Der 2. Mai 1933 in Duisburg*

„Die Büros der Volksverhetzer besetzt...“

Unter der Überschrift „Es war die höchste Zeit - Marxistische Gewerkschaften unter NS-Aufsicht - Die Büros der Volksverhetzer besetzt - Die Führer festgenommen“ meldete die Tageszeitung der Nazis in Duisburg, die „Nationalzeitung“, am 3. Mai 1933: „Auf Grund eines Reichserlasses wurde gestern in Duisburg ein großer Schlag gegen die marxistischen und die ihnen verwandten Gewerkschaften und ihre Leiter geführt. Und zwar ließ die Kreisleitung der NSBO im Laufe des Tages die Büros der Verbände besetzen und die Gewerkschaftsböden festnehmen (...) Die ganze Aktion wurde auf Veranlassung der NSBO von der SA und SS blitzschnell und doch ohne jede Störung durchgeführt. In der Hauptsache erstreckte sie sich auf die Häuser des Metallarbeiterverbandes und des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer in der Ruhrorter Straße“.

* Um einige Kapitel gekürzte Fassung eines Beitrags für die Broschüre des DGB-Kreises Duisburg „Die Ereignisse um den 2. Mai 1933 in Duisburg. Berichte und Dokumente“. Der Verfasser dieses Beitrags, Martin Peters, geb. 1965, ist Schüler der 12. Klasse am Steinberg-Gymnasium in Duisburg; er war Preisträger im Schüler-Wettbewerb „Deutsche Geschichte“ um den Preis des Bundespräsidenten 1980. Das Wettbewerbsthema lautete: „Alltag im Nationalsozialismus. Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Beginn des 2. Weltkrieges“. Die von ihm angefertigte Arbeit trug den Titel „Hamborner Arbeiter im Widerstand“. Wir bedanken uns besonders bei Jürgen Dzudzek von der IG Metall Verwaltungsstelle Duisburg für freundliche Unterstützung.

Die Originalfassung des Beitrags ist mit zahlreichen Literaturhinweisen und Belegen versehen, auf die wir — aus Platzgründen und um der besseren Lesbarkeit des erschütternden Textes - hier verzichten. Der Autor hat nicht nur die bereits vorliegende Literatur zum Thema berücksichtigt, sondern auch Zeitungen und Erinnerungen ausgewertet sowie mit damals Beteiligten und deren Angehörigen Gespräche geführt. D. Red.

Nach dem 1. Mai 1933, der von der nationalsozialistisch geführten Regierung zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärt wurde, wurde am nächsten Tag, dem 2. Mai 1933, die „Gleichschaltung durch die Besetzung der Gewerkschaftsstellen mit nationalsozialistischen Parteigenossen vollzogen“. In Wirklichkeit, so zum Beispiel im Büro des „Zentralverbandes der Angestellten“, „wurde plötzlich die Tür aufgerissen und 8 bis 10 uniformierte und bewaffnete SA-Männer drangen mit dem Ruf, „Hände hoch, sie sind verhaftet“ ein“. Insgesamt wurde diese Aktion an etwa zwanzig verschiedenen Stellen innerhalb der Stadt durchgeführt; auf den Gewerkschaftshäusern an der Ruhrorter Straße wurde das „Hakenkreuzbanner gehißt“. Die in den Büros angetroffenen Funktionäre wurden, wie ein Betroffener, August Seeling, schildert, „mit barschen Worten angewiesen, in wenigen Minuten einen Kassenabschluß zu machen. Auf meinen Einwand, daß das nicht so schnell möglich sei, wurde erwidert, das würde man mir schon beibringen“. „Soweit es sich um berüchtigte Volksverhetzer wie die Sozialdemokraten Rodenstock und Schlösser handelt“, berichtete unverhohlen die Nationalzeitung, wurden sie festgenommen. Ebenso wie zufällig anwesende Mitglieder - wie etwa im Büro des „Zentralverbandes der Angestellten“ der später ermordete Emil Rentmeister - wurden sie wie Vieh auf Lastwagen verladen und zu den Gewerkschaftshäusern an der Ruhrorter Straße gebracht, „die als Brutstätten des marxistischen Bürgerkrieges und der Volksverdummung lange Zeit bekannt waren“ - so die „Nationalzeitung“ am 3. Mai 1933.

Herta Krämer, damals Sekretärin des Gewerkschaftssekretärs Gustav Sander, berichtet über die Besetzung der Häuser an der Ruhrorter Straße: „Wir haben mit der Arbeit begonnen wie an jedem anderen Tag und auf einmal stürmten die da rein... Zwischen 9 und 10 Uhr wurden die Türen aufgerissen und herein stürmten die Nazis und schrieen: „Die Arbeit niedergelegt!... Keiner packt mehr was an!...“ Und dann haben wir uns da still hingesezt, beziehungsweise haben gestanden, dann kam ein anderer Nazi herein, der sagte, „die Sekretäre müssen ins Haus 11“. Und seit dieser Zeit habe ich die nicht mehr gesehen... Einmal hat man mir den Auftrag gegeben, „Bringen sie 'mal die Akten von Herrn Sander“. Da habe ich dann verschiedene sitzen sehen: Sander, Tüting und Franz Ring. Ich habe noch nicht 'mal alle gesehen, dann habe ich da meine Akten hingelegt, dann hieß es: „Raus! Das ging ja in diesem Jargon...“

Bei den zu Hause angetroffenen Funktionären machten SA-Männer eine mehrstündige Durchsuchung der Wohnungen. Dabei wurden neben Büchern auch Rucksäcke sowie Akten, Möbel und Schreibmaschinen, die die Verbandssekretäre zu ihrer Arbeit benötigten, beschlagnahmt. In der Abwesenheit ihres Mannes Julius Birck kam die SS auch zu Adrienne Birck und machte Haussuchung: „Es wurden alle Bücher mitgenommen. Bilder von August Bebel und Liebknecht wurden zerstört. In der Schublade meines Mannes fand man eine Photographie mit dem Bildnis der Hl. Maria. Der SS-Führer erklärte: Ich hätte nicht geglaubt, daß ihr Ehemann sich auch für Nacktkultur interessiert...“

Ebenfalls bei den Durchsuchungen wurde der Frau des damaligen Vorsitzenden des Buchdrucker-Verbandes, Hermann Müsken, schon gedroht: „Wenn wir Waffen finden, wird ihr Mann erschossen“. (Müsken dazu: „Ich hatte doch als Gewerkschafter meine Waffen im Kopf!“) Hermann Müsken hatte Glück: „Frühmorgens, meine Frau hatte Waschtage, ich hatte meine Fürsorgeunterstützung vom Rathaus abgeholt und ausgehändigt, sprang mein freundlicher Nachbar über

den Zaun und rief uns in unserer Wohnung zu: „Müsken, die SA !“(…) Am Tage vorher, da hatten wir im Familienkreise unsere eigene Maifeier gestaltet. Die unser Zimmer schmückenden Ebert- und Bebel-Bronzeplaketten hatten wir dem Tage entsprechend geziert. Ein Griff meiner Frau und beide Plaketten waren in der auf dem Hot geöffnet stehenden Waschmaschine“.

Als Johann Schlösser am Mittwoch des 2. Mai nach Hause kam, hörte er von der Haussuchung in seiner Wohnung und ging zur Polizei, um dort Schutz zu suchen vor eventuellen Angriffen von SS oder SA. Seine Frau Auguste Schlösser weiter: „Als er zum Polizeipräsidium kam und dort um Schutz bat, erklärte man ihm: „Sie kommen gerade recht, sie können gleich hier bleiben“. Nach kurzer Zeit wurde mein Mann von einem SS-Sturmbannführer namens Michel aus Duisburg-Hochfeld, der zum Sturm Dr. Weyand gehörte, abgeholt. Er wurde zum Gewerkschaftshaus in der Ruhrorter Straße gebracht. Von diesem Zeitpunkt an sah ich meinen Mann nicht mehr wieder.“

In den Zeitungsartikeln machten sich die Nazis erhebliche Mühe, das ganze Ereignis herunterzuspielen. So hieß es zum Beispiel in der „Rhein- und Ruhrzeitung“ vom 3. Mai 1933: „Damit die Geschäftsbetriebe keine Störung erfuhren, wurden in den einzelnen Dienststellen NSBO-Fachvertreter gesetzt, die den Betrieb aufrechterhalten.“ Zuversichtlich hieß es: „Von morgen ab wird der Bürobetrieb wieder seinen ungestörten Gang gehen.“

Alle Gewerkschaftssekretäre wurden in einen Sitzungssaal des Hauses Ruhrorter Straße 11 gebracht. „Tag Jonges“, sagte Hermann Müsken, als er „unter Stiefelritten zur Tür des Sitzungszimmers flog“. Er öffnete sie und sah dort seine schon vorher verhafteten Kollegen: „Franz Ring, Carl Quast, Johann Schlösser, Alfred Rosenberg, Julius Birck, Michael Rodenstock, Gustav Sander, Heinrich Tüting, Peter Barth, Adam Dienst, Fritz Vögeli, Karl Huschke, Justus Horchler, August Seeling, Emil Rentmeister, Hermann Kirchhoff, Fritz Sulz und Richard Moser.“ „Es sind insgesamt 21 Personen in Schutzhaft genommen worden“, meldete kurz und bündig die „Rhein-und Ruhrzeitung“ am 3. Mai 1933. Zwar wurden zunächst ca. 30-40 Gewerkschaftler verhaftet, jedoch „harmlose Leute, die ihr Alibi beibringen konnten und deren Tätigkeit (...) als ungefährlich erkannt worden war, wurden im Laufe des Tages entlassen“.

„Verhöre“

Die Verhafteten wurden dann in der Ruhrorter Straße 11, wo „inzwischen die Kreisleitung der NSBO, der Reichstagsabgeordnete Multhaupt und die Ortsgruppenleiter Keup (Duisburg) und Langener (Hamborn) Platz genommen“ hatte, vom Kreisleiter der NSBO verhört. Zu „Verhören“ wurden einzelne Sekretäre aus dem Sitzungssaal gerufen und im Verhandlungszimmer von Multhaupt befragt. Teilweise waren diese „Verhöre ohne jeden sachlichen Inhalt“ oder sie verliefen, wie Hermann Müsken es schildert: „Ich wurde dann weitergestoßen und zu dem kleineren Raum geführt. Ich erhielt zweimal Fußtritte. In dem kleinen Zimmer war der NS-Reichstagsabgeordnete Multhaupt allein. Ich bin nur einen Augenblick in dem Zimmer gewesen. Multhaupt fragte mich, wer ich wäre und ob ich politisch organisiert sei. Dann konnte ich gehen.“

Über diese Verhöre berichtet auch Adam Dienst: „Einzelnen wurden wir aus diesem Zimmer herausgeholt und von dem Leiter der NSBO, Pg. Multhaupt, in bezug auf Waffenlager und sonstige Mordgegenstände vernommen. Diese Vernehmung ging folgendermaßen vonstatten: An einem kleinen Tischlein saß auf der einen Seite Pg. Multhaupt, ihm gegenüber der Angeklagte (Gewerkschaftssekretär). Auf dem Tisch lag ein Knüppel von 80 cm Länge, mit anderen Worten ein gedrehtes Tischbein. Als die Antworten, die wir ihm gaben, nicht zu seiner Zufriedenheit ausfielen, war jedes zweite Wort: „Soll ich dir diesen Knüppel auf den Kopf fahren lassen?“ Nach der Vernehmung wurden wir wieder in den Sitzungssaal gebracht. Es wurden einzelne Kollegen herausgeholt, in den Keller gebracht und dort verprügelt. Der Kollege Birck saß neben mir und als er einmal von der Vernehmung zurückkam, hatte er einen Schmiß an der linken Hand. Als ich darauf hindeutete, was dies zu bedeuten habe, gab er mir zu verstehen, daß es im Keller hoch hergegangen sei.“

Und Gustav Sander berichtet: „Birck wurde einmal herausgerufen und als er nach 10 bis 15 Minuten zurückkehrte, hatte er einen Blutstreifen an der Hand. Er flüsterte mir zu, daß er geschlagen worden sei und deutete nach unten. Auch Schlösser wurde herausgerufen und kam weiß im Gesicht zurück. Tüting, Ring und Rodenstock wurden auch herausgerufen und kamen nach einer Weile wieder. Dann wurde gefragt, ob jemand einen Tornister hätte, worauf sich Rentmeister meldete. Er wurde unter Bewachung weggeschickt, ihn zu holen, und ich habe ihn nie wieder gesehen. Genauso wurden Birck, Rodenstock und Schlösser herausgerufen, und ich habe sie nie wieder gesehen.“

Auf Befehl von Multhaupt wurden sechs der verhafteten Gewerkschaftssekretäre in den Keller gebracht, zu einem, wie der SS-Sturmführer Dr. Weyand später sagte, „Chinesischen Verhör“. Multhaupt soll einen tödlichen Ausgang des „Verhörs“ zwar nicht beabsichtigt, jedoch als Risiko durchaus einkalkuliert haben. Nur zwei von den sechs Genannten kehrten wieder aus dem Keller zurück, einer nur mit knapper Not. Die „Verhörenden“, zu denen berüchtigte Figuren wie die SS-Leute Dr. Weyand, Baltes, Rusch, Furtkamp, Bols zählten, bemühten sich, den wirklichen Auftrag zu verschleiern: sie „sollten die Sekretäre auf Befehl von Multhaupt verprügeln“. Dem Kreisleiter Loch gegenüber sagten sie, daß „einige nicht die Wahrheit sagen wollten und daß Multhaupt sie durch einige SS-Männer im Keller habe zwingen lassen, die Wahrheit zu sagen“.

Die Nationalzeitung berichtete am nächsten Tage: „Selbstverständlich waren die gefährlichen Bonzen bei ihrer Festnahme so überrascht, daß sie in heller Verzweiflung einfach jede staatsfeindliche Betätigung rundweg ableugneten und sich als die unschuldig verfolgten Opfer unserer Volksaufklärung hinstellten. Die bisherigen Ergebnisse der Untersuchungen und Vernehmungen, die vom NSBO-Kreisleiter, Pg. Reichstagsabgeordneter Multhaupt, geführt wurden, sind jedoch schon so belastend, daß den Volksverhetzern ihr Leugnen nicht mehr viel helfen wird.“

Auch bemühten sich die SS-Leute, angeblich Verborgenes zu finden: So sagte der ebenfalls aus dem Keller zurückgekehrte Franz Ring vor Gericht aus, mehrere Zivilisten hätten im Keller den Boden mit Picken und Hacken bearbeitet, um nach Hohlräumen und nach einem Durchgang zwischen dem Haus Nr. 11 und Nr. 13 zu

suchen, den es nicht gab. Sie fragten auch den gleichfalls anwesenden Michael Rodenstock nach Ausrüstungsgegenständen des Reichsbanners (Rodenstock war Vorsitzender des Duisburger Reichsbanners), wobei er, nachdem er geantwortet hatte, „von einem Mann ins Gesicht geschlagen wurde“.

Das „Verhör“, das er im Keller des Mordhauses Ruhrorter Straße Nr. 11 zu erleiden hatte, beschrieb Heinrich Tüting vor Gericht so: „Ich mußte in den Keller, wo Baltes stand, die Hände auf dem Rücken. Er fragte mich, ob Waffen im Keller versteckt wären. Auf meine Antwort, daß ich das nicht wisse, wurde ich plötzlich von zwei oder drei Männern, die ich vorher nicht sah, an Armen und Kopf ergriffen und nach vorne gerissen. Dann wurde ich von Baltes fürchterlich geschlagen. Auf meine Schreie und die Frage: „Mein Gott, was wollt ihr von mir?“, hielt mir Baltes seine Pistole an die Schläfe und drohte mit Erschießen. Als ein weiterer Trupp SS-Männer in den Keller kam mit dem Ruf: „Jetzt kommt der Reichsbannergeneral Rodenstock dran!“ wollten sie über mich herfallen, doch ergriff ein alter SS-Mann meinen Arm und zog mich aus dem Keller. Diesem SS-Mann verdanke ich mein Leben.“

Diese Berichte geben ein eindrucksvolles Bild, das erkennen läßt, daß es sich bei den von der „Nationalzeitung“ gemeldeten „Vernehmungen“ um nichts anderes als um eine Art der Folter handelte.

Der Marsch durch die Stadt

In der Zwischenzeit „kamen Weyand, Busch und Mulhaupt herein, und es wurde eine Liste verlesen. Einer von den dreien sagte bei der Verlesung der Namen Rodenstock, Birk, Rentmeister und Schlösser: „Die sind schon weggegangen!“ Hermann Müsken berichtet über das weitere Geschehen: „Dann wurde uns der Stempel der Eisernen Front auf die Stirn gedrückt und wir flogen von Fußritten begleitet nach draußen. Ich selbst erhielt im Flur Fußritte, ebenso mein Vordermann. Es waren SS-Leute, die es taten.“

Auch mußten die Sekretäre eine schwarz-rot-goldene Armbinde tragen, Gustav Sander zudem noch ein Schild mit der Aufschrift: „Wir haben die Arbeiter verraten“. „Auf der Straße mußten wir uns“, so Hermann Müsken, „in einer militärischen Formation aufstellen. Links und rechts waren SS-Männer.“ Die Gewerkschaftssekretäre sollten in einem Marsch von der Ruhrorter Straße zum Polizeipräsidium in der Düsseldorfer Straße geführt werden. Der ebenfalls anwesende Kriminalrat Busch schlug vor, die Sekretäre mit dem Gefangenenwagen zum Polizeipräsidium bringen zu lassen. Jedoch wollten sich die Nazis dieses „Schauspiel“, wie Weyand sagte, nicht entgehen lassen.

Auf der Straße zogen Weyand und ein Teil der SS-Männer ihre Pistolen. Weyand drohte: „Wer flüchtet, wird erschossen!“. Zu den SS-Leuten gewandt: „Pardon wird nicht gegeben“ und: „Jetzt könnt ihr ein Schauspiel erleben“. Dann schrie er die Sekretäre an: „Hände hoch, ihr Schweine.“ Sie wurden dann gezwungen, den ganzen Weg mit erhobenen Händen zurückzulegen und dabei die „Internationale“ zu singen. Hermann Müsken weiter: „Sie schlugen auf uns ein. Man trat mich und schlug mir auf den Rücken. Ich wurde bei der Schulter gefaßt und getreten. Ich sollte die Internationale singen, habe aber überhaupt nicht gesungen. „Du Judenschwein, nun singe!“ wurde mir zugerufen. Als ich nicht sang, wurde ich wieder geschlagen. Ich wurde überhaupt den ganzen Weg geschlagen.“

Der Weg führte „durch die Schwanenstraße, Münzstraße, Beekstraße, Kasinostraße, Friedrich-Wilhelm-Platz, Sonnenwall, Königstraße bis hinter den Bahnhof durch die frühere Achterngasse, Neudorfer Straße, Mülheimer Straße und wieder Königstraße und anschließend die Düsseldorfer Straße bis zum Polizeipräsidium“. Elisabeth Hagen berichtet über diesen Marsch durch die Stadt: „Ich habe auf der Königstraße gearbeitet und am 2. Mai habe ich das dann durchs Fenster gesehen. Ich bin dann mit einer Bekannten hinter dem Zug hergelaufen. Wir konnten sehen, wie die geschlagen und getreten wurden, das Blut lief einigen aus Ohren und Nase. Die mußten auch schwarz-rot-goldene Armbinden tragen. Ein Mann, der den Zug am Rande beobachtete, rief: „Das gibt es doch nicht“. Den haben sie dann gleich verhaftet. Als wir so hinter dem Zug herliefen, rief uns einer von denen zu: „Was weint ihr denn so, ist euer Alter dabei?!“ Die hatten ihre Koppel abgeschnallt und haben da draufgeschlagen.“

Wie reagierte die Bevölkerung insgesamt auf diesen Vorgang? Aus Berichten der Augenzeugen läßt sich kein einheitliches und übereinstimmendes Bild formulieren, da das subjektive Empfinden des einzelnen die Erinnerung prägt. Es ist auch keineswegs gesagt, daß jeder eine bestimmte Äußerung in der Bevölkerung mitbekommen hat. Somit widersprechen sich die Schilderungen nicht, sondern geben nur die verschiedenen Sichtweisen eines Sachverhaltes wieder. August Seeling dazu: „Ich würde sagen, keinerlei Reaktion in der Bevölkerung. Es haben die Leute am Rand ge standen, gar nicht allzuviel Auflauf, das war ja nicht bekannt gewesen, was da pas sierte, sondern es war ja noch am hellen Tage, am frühen Abend. Ich habe nicht be merkt, daß irgendwelche Mißfallenskundgebung, noch bemerkt, daß irgendwelche Zustimmung erfolgte, sondern die Leute haben links und rechts am Straßenrand gestanden. Sie konnten ja auch gar nicht näher herankommen, weil ja der Zug von SS-Leuten in ganz kurzen Abständen begleitet und angeführt wurde, da konnte ja keiner herankommen. Wenn da einer nähergekommen wäre, oder hätte seine Sympathie bekundet, wäre er sofort in die Klauen der SS gekommen. Vielleicht habe ich es nicht ganz richtig gesehen, nach meiner Beobachtung war die Bevölkerung, die den Zug gesehen hat - ich will nicht sagen teilnahmslos, man kann in das Herz der Menschen nicht hineingucken - aber sie ließen keinerlei Zeichen der Sympathie oder Antipathie erkennen.“

Etwas anders dagegen Gustav Sander: „Die Stimmung des Publikums war so, daß in den Arbeitervierteln Rufe laut wurden: „Gebt uns Waffen“, während in der Düsseldorfer Straße, im besseren Teil, die Leute an den Fenstern eine ablehnende Haltung einnahmen.“ An der Ecke Düsseldorfer und Königstraße soll - so Hermann Müsken - eine Frau geschrien haben: „Arbeiter, rettet eure Führer.“

Nicht ganz geklärt werden konnte, ob es in der Dickelsbachsiedlung zu einer Gegendemonstration gekommen ist. Auch Weyand sagte aus, er hätte auf Befehl von Kreisleiter Loch die Reaktion auf die Ereignisse in den Arbeitervierteln beobachten sollen.

August Seeling über den weiteren Verlauf des Marsches: „Unterwegs wurden immer wieder Teilnehmer ins Gesicht geschlagen oder sonstwie mißhandelt. Justus Horchler, der hochbetagte und angesehene Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wurde ohnmächtig und mußte zurückbleiben. Wir wurden ohne Haftbefehl in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert und blieben vier Tage.“

Hermann Müsken: „Meine Strumpfbänder hingen auf den Schuhen. Schweißtriefend kamen wir im Gefängnis an. Es waren doch junge Kerle, die uns trieben. Wir hatten doch alle ein Alter, wir waren doch Teilnehmer des ersten Weltkrieges gewesen... wir fühlten uns sehr mitgenommen... Wie ich aussah, konnte ich erst nach meiner Heimkehr erfahren. Meine Frau schrie auf, als ich das Bad besteigen wollte, ich war blau von oben bis unten.“

Die Morde im Keller

Während sich die Gewerkschaftssekretäre die Demütigungen beim Marsch durch die Stadt gefallen lassen mußten, lagen im Gewerkschaftshaus Ruhrorter Straße 11 die vier Gewerkschaftssekretäre Julius Birck, Emil Rentmeister, Michael Rodenstock und Johann Schlösser sterbend im Keller. Sie waren - unter Duldung von Mulhaupt - von den SA- und SS-Schergen totgeschlagen worden. Der SA-Truppführer Köllmann, der am Abend des 2. Mai nochmals zur Ruhrorter Straße gegangen war, berichtete über seine Beobachtungen: „Jetzt war dort nur noch SS. Baltés, der stark nach Alkohol roch, legte seinen Arm um meinen Hals und fragte mich, ob ich schweigen könne. Als ich bejahte, sagte Baltés, die Gewerkschaftssekretäre wären geschlagen worden, um sie zu Geständnissen zu bewegen. Dabei wären vier totgeschlagen worden. Er nahm mich mit in den Keller, wo ich die blutüberströmten Männer, zwei lagen auf dem Kokshaufen, liegen sah und Birck erkannte. Baltés nannte mir die Namen der Erschlagenen. Auf meine Frage, wie so etwas geschehen konnte, erwiderte er, das sei nicht vorgesehen gewesen. Mit Schaufelstielen seien die Gewerkschaftssekretäre erschlagen worden“.

„Ich ging wieder herauf, dort sagte ich zu Mulhaupt, daß ich das nicht billigte und dann wurde Mulhaupt wild. Er duldete keinen Widerspruch. Mir wurde für ein Jahr verboten, das Haus Ruhrorter Straße 11 zu betreten.“

Da die „Angelegenheit auf Befehl der Gauleitung“ - so Loch zu Weyand - vertuscht werden sollte, entschlossen sich Loch und andere Duisburger Nazi-„Größen“, die noch Lebenden nicht in ein Krankenhaus zu bringen, sondern den SS-Arzt Dr. Simon zu rufen, der, als er gegen 22 Uhr eintraf, schon einen „ganz steif und tot“ vorfand, „zwei weitere waren tot“, während der andere noch schwachen Pulsschlag hatte. Als er jedoch seine Arzttasche holte und zurückkam, fand er auch den vierten tot vor. Vor Gericht sagte er über die Toten aus: „Alle hatten schwere Kopfverletzungen und Schlagwunden, einem war das Gehirn aus dem Kopf getreten.“ Er sagte weiter aus, der ihm als Täter bezeichnete SS-Mann Rusch hätte gesagt, die Sekretäre hätten „mit keulenartigen Knüppeln“ die anwesenden SS-Männer totschiessen wollen. Darauf der bezeichnende Satz: „Da haben wir es ihnen gegeben“. Die Knüppel, derer sich die Sekretäre angeblich bedient hatten, lagen allerdings zuvor im Büro Mulhaupts.

Da man, wie bereits gesagt, die „Angelegenheit“ nicht an die Öffentlichkeit dringen lassen wollte, sollten die Leichen der vier Gewerkschaftssekretäre anscheinend zunächst nach Hamborn gebracht werden, jedoch entschied man sich dann für die staatlichen Forste in Oberlohberg bei Dinslaken. Die Leichen wurden in einen Aktenwagen der Polizei geladen, der in Begleitung von zwei weiteren Wagen, in denen je ein Kriminalbeamter saß, der der NSDAP angehörte, nach Dinslaken fuhr. Dort begruben SS-Leute die Toten. Erst ein Jahr später sollten sie aufgefunden werden.

Auffindung der Leichen

Fast ein Jahr später, am 21. April 1934, fand man durch Zufall vier Leichen im Wald in Hünxe bei Dinslaken. Welche Umstände zu der Auffindung führten, ist nicht geklärt. In der amtlichen Mitteilung heißt es, Spaziergänger wären durch Verwesungsgeruch auf die Leichen aufmerksam geworden. Der mit der Untersuchung beauftragte Kriminalkommissar erklärte, ein menschlicher Fuß habe aus der Erde geragt. Nach noch einer anderen Version soll ein Hund, den ein Ehepaar mit sich führte, ein menschliches Antlitz freigelegt haben. Nachforschungen ergaben, daß es die Leichen von vier seit dem 2. Mai 1933 aus Duisburg verschwundenen Gewerkschaftssekretären waren. Erst drei Tage später erschien in den Zeitungen über den Vorfall eine amtliche Mitteilung, in der es heißt: „Wie diese Leute an die Fundstelle und zu Tode gekommen sind, konnte noch nicht festgestellt werden“.

Durch eine polizeiliche Falschmeldung wurden die Angehörigen der Ermordeten benachrichtigt. Auguste Schlösser über die Auffindung der Leichen: „Am 22. 4. 1934 hörte ich etwas, und man sagte mir, daß die ermordeten Sekretäre vielleicht in Hamborn sein könnten. Ich ging ins Hamborner Gerichtsgebäude. Dort konnte man mir aber nichts sagen. Dann fuhr ich nach Dinslaken. Vor dem dortigen Rathaus standen vier Autos, und ich traf einen Mann von der Mordkommission, Herrn Schade. Es standen dort vier kleine Kisten, dort waren die Utensilien der Männer aufbewahrt wie auch ihre Schuhe. Ich erkannte einen Schlüsselbund und einen Paß meines Mannes mit einem Lichtbild. Ich habe seine Schnürschuhe gleich wiedererkannt. Er trug sie am Tage, als ich ihn zum letzten Male sah. Die Leichen wurden uns nicht gezeigt. (...) Ich bin auch auf dem Friedhof gewesen, doch war das Grab meines Mannes nicht gekennzeichnet. Es hatte nur eine Nummer.“

Die Gräber der vier ermordeten Gewerkschaftssekretäre waren auf drei Gräberreihen verteilt und lagen verstreut auseinander. Der Beamte der Mordkommission sagte später vor Gericht aus. man habe „bei der Verfolgung der Täter vor einer Mauer von SA-Leuten gestanden, da habe die Gestapo die Polizeiakten an sich gezogen“. Um vordergründig eine Erklärung und Deutung der Morde zu liefern, heißt es in der amtlichen Mitteilung weiter: „Ob die zweifellos vorliegende Mordtat in Zusammenhang zu bringen ist mit einer Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern im vorigen Jahre, unterliegt zur Zeit noch Ermittlungen.“

Nach Auffindung der Leichen verbreiteten die Nazis das Gerücht, die Gewerkschafter hätten sich beim Streit um unterschlagene Gewerkschaftsgelder gegenseitig umgebracht. Auch hier wird gedroht: „Es wird davor gewarnt, durch überflüssige Kombinationen und Sensationsmacherei Unruhe in die Bevölkerung zu bringen und die Ermittlungen zu stören.“

Trotzdem verbreitete sich die Nachricht von der Auffindung der Leichen schnell. Hierzu August Seeling: „Das war wie ein Lauffeuer, das kam aus allen Ecken. „Hast du schon gehört, da soll“ ... da wurde ja außer den Zeitungsnotizen nichts darüber verbreitet - im Gegenteil, die Polizei hatte ja Anweisung gegeben, man solle jegliche Erörterung unterlassen.“

Martin Peters, Duisburg